

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Fraktion DIE LINKE.

## Vorlage-Nr.: BV/0471/2021

- öffentlich -

Betreff: **Bündnis „Seebrücke,, / Sicherer Hafen für Geflüchtete**

### Beratungsfolge:

Stadtverordnetenversammlung	22.06.2021	Entscheidung
-----------------------------	------------	--------------

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Eberswalde erklärt sich zum „Sicheren Hafen“ für Geflüchtete und bekräftigt seine Solidarität mit Menschen auf der Flucht. Eberswalde setzt sich für sichere Fluchtwege, staatliche Seenotrettungsmissionen und eine menschenwürdige Aufnahme von Schutzsuchenden ein.
2. Eberswalde stellt die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen bzw. von Menschen, die in Lagern an den EU-Außengrenzen festsitzen, sicher. Diese Aufnahme erfolgt zusätzlich zur Verteilungsquote von Asylsuchenden (Königsteiner Schlüssel). Für die konkrete Umsetzung dieser zusätzlichen Aufnahmen wird sich Eberswalde mit dem Bundesinnenministerium, dem zuständigen Landesministerium, dem Landkreis und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verständigen.
3. Eberswalde tritt dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei und beteiligt sich am Bündnis aller Sicherer Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Asyl- und Migrationspolitik.

...

### **Sachverhaltsdarstellung:**

Im Sommer 2018 lag das zivile Rettungsschiff Lifeline eine Woche lang mit 234 Menschen an Bord vor der europäischen Küste im Mittelmeer. Obwohl mehrere europäische Länder und Städte bereit waren, die aus Seenot Geretteten aufzunehmen, wurde dem Schiff das Einlaufen in einen Hafen verweigert. Vor diesem Hintergrund gründete sich die Initiative „Seebrücke – schafft Sichere Häfen“. Bis dato erklärten sich über 250 deutsche Städte zu sicheren Häfen.

Im Sommer 2019 gründeten 13 Städte auf Initiative der Seebrücke und der Landeshauptstadt Potsdam das kommunale Bündnis „Städte Sicherer Häfen“. Gründungsmitglieder sind: Berlin, Detmold, Freiburg, Flensburg, Greifswald, Heidelberg, Hildesheim, Kiel, Krefeld, Marburg, Potsdam, Rostock und Rottenburg.

Die Städte erklären sich bereit, mehr Menschen aufzunehmen, als ihnen durch die Verteilungsquoten für Flüchtlinge zugewiesen werden. Und sie kämpfen für das Recht, endlich selbst über die Aufnahme von Menschen entscheiden zu können – was sie nach der bisherigen Rechtslage nicht dürfen.

Eberswalde hat in seiner gesamten Geschichte bewiesen, dass die Stadt Schutz bieten kann und will, für Menschen die vor Gewalt, Hunger und Krieg zu uns fliehen. Auch in den letzten Jahren hat die große Mehrheit der Stadtgesellschaft vieles für die Integration Schutzsuchender geleistet. Wir haben Platz in unserer Mitte für Menschen, die ein sicheres zu Hause suchen.

gez. Karen Oehler  
Fraktionsvorsitzende  
Bündnis 90/Die Grünen

Sebastian Walter  
Fraktionsvorsitzender  
DIE LINKE.